

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 2 / 42. Jg.

11. Januar 1929

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.- Mk.

### Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88 III. Redaktions-  
schloß: Montag - Telephon Amt Norden 4268  
Verlag: Johannes Hoff, Berlin N 24, Druck und Expedition  
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postvertriebsort Scheuditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsassstr. 86-88. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

## Der Chemigraphentarif neu abgeschlossen!

Der Tarif für das Deutsche Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe, der durch das eigenartige Verhalten der Unternehmervertreter in Hannover durch die Gehilfen erst gekündigt werden mußte, ist nun doch noch zum Neuabschluß gekommen. Das Verhandlungsergebnis der zweiten Tarifverhandlung in Berlin vom 10. und 11. November hat den zuständigen Kollegen ebenfalls zur Beratung und Urabstimmung vorgelegen und ist von ihnen mit zweidrittel Mehrheit angenommen worden. Da auch die Unternehmer das Berliner Verhandlungsergebnis angenommen haben, ist der neue Tarif am 2. Januar 1929 in Kraft getreten, der nach der getroffenen Vereinbarung bis Ende 1930 gilt. Die Verhältnisse im Chemigraphie-, Kupferdruck-, Lichtdruck- und Tiefdruckgewerbe sind also für die kommenden zwei Jahre tariflich geregelt!

Es war, wie die Kollegen durch die eingehende Berichterstattung genau wissen, diesmal nicht so einfach, wieder zu einem neuen Tarif zu kommen. Die in Hannover gehaltene Unternehmerrede vom gutschitzenden Tariffkleid, an dem nichts mehr zu ändern sei, deutete von vornherein an, daß die Unternehmer nicht gewillt seien, den Gehilfen irgendwelches Entgegenkommen zu zeigen. Sie schwenkten damit ein in die allgemeine Unternehmerfront, deren Richtung im Ruhrkampf ihren sichtbaren Ausdruck fand. Das Schwergewicht des Tariffkampfes wurde dadurch für die Gehilfenschaft zu einem Machtkampf um den Ausbau des Tariffes überhaupt. Befriedigt das Berliner Verhandlungsergebnis die berechtigten Wünsche der Gehilfenschaft auch nicht, ist doch der Unternehmerwille zum tariflichen Stillstand gebrochen worden. Von diesem Gesichtspunkt das Verhandlungsergebnis gewertet, wiegt es schwerer als manches andere vorher.

Bei dem Widerstand der Unternehmer gegen alle berechtigten

Wünsche der Gehilfenschaft und der Aussicht einer tariflosen Zeit konnte mit Recht erwartet werden, daß die zuständige Kollegenschaft geschlossen an der satzungsgemäßen Urabstimmung Interesse nahm. Wie das Abstimmungsergebnis zeigt, hat diese Annahme schwer getroffen. *Es hat nicht einmal die Hälfte der zuständigen Kollegen es für nötig erachtet, an der Gestaltung ihrer Arbeitsverhältnisse durch Abstimmung mitzuwirken.* Das ist kein unserer Organisation würdiger Zustand! Sollte damit bekundet werden, daß die Satzungsbestimmung über zu erfolgende Urabstimmung vor Abschluß eines Tariffes überholt ist? Oder muß die mangelnde Teilnahme der Kollegen an den Versammlungen als Erleichterung über den Gang der Ereignisse gewertet werden! Ganz abgesehen davon, daß der geringe Versammlungsbesuch die Kollegenunterhändler eigenartig berührt, muß an solchem Verhalten der Kollegen schärfste Kritik geübt werden. *Bei solchen Anlässen ist jeder Kollege verpflichtet, an der Gestaltung der Berufsverhältnisse mitzuwirken.* Möge das neue Jahr dieser Einsicht voll Geltung verschaffen! Dann ist dem Verband der Weg zu neuen Erfolgen gebahnt.

So unerfreulich die mangelnde Teilnahme der zuständigen Kollegen an der Urabstimmung über den neuen Tarif auch ist: *Der Tarif ist durch die Zustimmung der Tarifkontrahenten neu zum Abschluß gekommen!* Dieser Abschluß verlangt, daß die getroffenen Vereinbarungen auch zur Grundlage des Handelns genommen werden, denn diese Vereinbarungen stehen jetzt an Gesetzesstelle. Aufgabe der Zukunft muß es sein, die getroffenen Tarifbestimmungen voll zur Geltung und Wirksamkeit zu bringen, damit gewerbeüblich wird, was im Tarif niedergelegt ist. In manchem hat es bisher auch darin gemangelt!

## Was die Unternehmer wollen.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände nahm am Freitag, dem 14. Dezember im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses Stellung zu den brennenden Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Um das Ergebnis vorzunehmen: Diese Tagung hat wieder einmal gezeigt, daß das deutsche Unternehmertum entschlossen ist, an seiner rückwärts gewandten Politik festzuhalten. Auch die Wissenschaft hat sich wieder vor den Karren der Unternehmer spannen lassen.

Gheimrat v. Borsig, der das führende Referat über die deutsche Sozialpolitik übernommen hatte, sprach zunächst davon, daß der in wirtschaftlicher Notwehr unternommene Kampf der Unternehmer an der Ruhr nicht als Auflehnung gegen den sozialen Gedanken, gegen Gesetz und Recht und gegen die Autorität des Staates mißdeutet werden dürfe. Notwehrrecht der Unternehmer gegen den Staat? Gesteht Herr Borsig zu, daß dann auch ein Notwehrrecht der Arbeiterschaft gegen die „Wirtschaft“ und gegen den Staat anerkannt werden muß? Natürlich gesteht er das nicht zu! Diesen Fall wird er einen Angriff auf die Heiligkeit des Privateigentums nennen oder Revolte oder Revolution.

Um seine Ansichten über Sozialpolitik zu stützen und in der Öffentlichkeit wirksamer zu machen, hat Borsig sich vorsichtshalber verrechnet. Er behauptet, daß die Reparations-, Steuer- und Soziallasten im laufenden Jahr einen Gesamtbeitrag von fast 24 Milliarden Mark ausmachen würden. Weiterhin soll die Kapitalanlage vor dem Krieg in Deutschland jährlich rund 12 Milliarden betragen haben, gegen nur 3,5 Milliarden Mark im letzten Jahr. Borsig schließt daraus, daß die öffentlichen Lasten abgebaut werden müßten, daß die Kapitalbildung gefördert werden müßte. Er verlangt die Zurückdrängung der staatlichen Zwangseingriffe und die möglichste Freiheit der Unternehmerpersönlichkeit.

Wie schon gesagt, hat sich Borsig gründlich verrechnet. Die 24 Milliarden Mark öffentliche

Lasten sind stark nach oben aufgerundet. Auf zwei oder drei Milliarden kommt es Borsig hier nicht an. Mit ganz anderen Augen sieht er die Kapitalanlage, die er auf ganze 3,5 Milliarden Mark schätzt. Man rechnet im allgemeinen das Kapitaleinkommen einer kapitalistischen Wirtschaft als ein Drittel des Gesamteinkommens, das wäre in Deutschland in ganz runden Zahlen 20 Milliarden von 60 Milliarden Gesamteinkommen. Selbst wenn man annimmt, daß die deutsche Kapitalistenklasse ein Drittel der öffentlichen Lasten trägt, was reichlich hoch gegriffen ist, bleiben etwa 13 Milliarden arbeitsloses Einkommen. Will Borsig vielleicht behaupten, daß diese Summe fast ganz als Luxuskonsum zu betrachten ist, daß die Unternehmer und Kapitalisten doppelt und dreifach so viel für sich verbrauchen als vor dem Krieg? Das meint Borsig nicht und wir auch nicht. Dieses Kapital ist eben nicht auf dem freien Kapitalmarkt erschienen, sondern es ist in den einzelnen Unternehmungen versickert. Die Selbstfinanzierung der Unternehmungen, die die Gewinne vor der Öffentlichkeit und vor allem vor dem Finanzamt und vor der Gewerkschaft verbirgt, hat ja derart um sich gegriffen, daß man sie eine neue Herrschaftsmethode des Kapitals nennen kann.

Nach Borsig sprach der Bonner Universitätsprofessor v. Beckerath, der sich bemühte nachzuweisen, daß die kapitalistische Entwicklung nicht zum Sozialismus führen werde. Sein Kollege Schmalenbach von der Kölner Universität ist anderer Meinung. Er nannte kürzlich die Unternehmer Vollstrecker des Marxschen Testaments. Beckerath sprach nur einen frommen Weihnachtswunsch aller Unternehmer und Kapitalisten aus. Schmalenbach dagegen sah die Zusammenhänge.

Beckerath erzählte dann dem deutschen Volke, daß es wirtschaftlich schlecht orientiert sei und von einer falschen konsumwirtschaftlichen und einer verfehlten Kulturidee beherrscht werde. Das deutsche Volk leide sozusagen an zu großem Verbrauch und schuld daran sei die deutsche Demokratie, die eine großzügige Wirtschaftspolitik verhindere, da sie infolge der Urteilslosigkeit der

in ihr herrschenden Massen ahnungslos in die Gefahr zu hohen Konsums und zu geringer Kapitalbildung hinangleite.

Professor Schumpeter, der eine eigene Wirtschaftstheorie erfunden hat, nur um den Gewinn der kapitalistischen Wirtschaft nicht aus dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln erklären zu müssen, drohte mit dem Gespenst einer nahen Krise, wenn sich die Arbeiterschaft nicht zu Entbehrungen bereit erkläre. Er prägte das neue Wort von der „Überkonsumtion“, forderte Einschränkung des Verbrauchs und Erhöhung des Gewinnes.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat aus den Tatsachen nichts gelernt. Wir haben auch gar nicht erwartet, daß sie etwas lernen würde. Es fällt eben Unternehmern, die an der Erhaltung des Privateigentums, an den Produktionsmitteln und am Wirtschaftsführertum von Kapitals Gnaden interessiert sind, außerordentlich schwer, volkswirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen. Nach dem gefährlichen Spiel mit der Krise, das die Unternehmer im Ruhrkampf betrieben haben, drohen sie jetzt mit der Krise, wenn die Gewerkschaften an ihrer Lohnpolitik festhalten sollten. Es ist eine ebenso bequeme wie hinterhältige Art, die Arbeiterschaft für eine Krise verantwortlich zu machen, für die sie, mag sie kommen oder nicht, gewiß keine Verantwortung zu tragen hat. Es gab Krisen seit dem Bestehen des Kapitalismus und sie waren am schlimmsten, als die Arbeiterschaft noch weniger Einfluß besaß als sie heute hat. Wenn irgend jemand Schuld daran trägt, dann die „Wirtschaftsführer“ und wenn irgend eine wirtschaftliche Ursache vorliegt, dann war es Unterkonsumtion. Das Unternehmertum will aber zur Bekämpfung der Krisen nicht etwa den Verbrauch steigern und ihn der Erzeugung anpassen, sondern will ihn einschränken. Es könnte auf diese Weise zwar vorübergehend die Gewinne erhöhen, aber es würde gleichzeitig die Kaufkraft derart schwächen, daß auch die Erzeugung eingeschränkt werden müßte. Wenn es darum einen sicheren Weg zur Krise gibt, dann geht ihn das deutsche Unternehmertum.

**Ausperrung — Streik.**

Die schweren Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital in den letzten Monaten lenken den aufmerksamen Beobachter auf neuartige Erscheinungen im Wirtschaftsleben. Zurzeit der freien Konkurrenz in der kapitalistischen Wirtschaft, in der der Satz, daß der Preis der Ware durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird, noch eine scheinbare Berechtigung hatte — scheinbar deshalb, weil wir längst wissen, daß die Preisbildung der Waren ganz anderen Faktoren unterworfen ist — setzte bei niedergehender Konjunktur auch ein Sinken der Preise ein. Niedergehende Konjunktur war damals wie heute mit steigender Arbeitslosigkeit verbunden. Der Unterschied zwischen damals und heute besteht jedoch darin, daß zu Zeiten guter Konjunktur der Arbeitsmarkt fast vollständig von Arbeitskräften entlöst war, während in der Gegenwart trotz bester Konjunktur immer noch mehrere Hunderttausende von Arbeitslosen vorhanden sind. Gute Konjunktur ist in der Gegenwart für die Arbeiter nur ein relativer, für die Unternehmer dagegen ein absoluter Begriff.

Es war in der Gewerkschaftsbewegung bis zum Kriege immer ein maßgebender Grundsatz \*der Taktik, bei schlechtem Beschäftigungsgrad keine Lohnkämpfe zu führen. Die Ursachen waren verschiedener Natur. Zunächst waren die Gewerkschaften zahlenmäßig gegen heute verhältnismäßig schwach, so daß sie immer mit einem Riesenheer von Streikbrechern zu rechnen hatten, die sich zu solchen Zeiten anboten. Ferner war die Meinung vorherrschend, die Unternehmer können es bei flauem Geschäftsgang leichter ertragen, wenn ihre Betriebe eine Zeitlang stillstehen und weiter machte das Sinken der Preise die Kaufkraft der Löhne im allgemeinen nicht geringer, so daß dieser mächtige Antrieb zum Kampf fehlte.

Wir haben heute eine starke kartellierte Wirtschaft, die national und international eng verflochten ist. Die Kartelle bestimmen heute nicht nur ihre eigenen Verkaufspreise an den Händler, sondern sie schreiben diesen im weitesten Ausmaß die Kleinverkaufspreise an den Konsumenten vor. Händler, die sich den Bestimmungen nicht fügen und die glauben, durch Herabsetzung der Preise und kleineren Gewinn erhöhten Umsatz und dadurch das gleiche Resultat zu erzielen, werden boykottiert. Ja die Händler werden sogar zu Strafen verpflichtet, wenn sie gegen die Verkaufsvorschriften im Einzelhandel verstoßen. Die Wirkung ist, daß heute bei niedergehender Konjunktur, also schlechteren Beschäftigungsgrades der Betriebe und erhöhter Arbeitslosigkeit die Preise nicht sinken, sondern sogar noch steigen. Die Kartelle haben das Bestreben, auch in Zeiten von Absatzmangel die gleichen Profite wie vorher zu machen und treiben so die Preise in die Höhe. Kartellpreise kommen nicht durch Berechnung der Unkosten, die im einzelnen Betrieb entstehen plus Gewinn zustande, sondern durch die Unkosten der am schlechtesten geleiteten Betriebe. Die durch-rationalisierten Betriebe schaffen sich dadurch einen Extraprofit, der einer Reihe gleichzusetzen ist, auf Kosten der breiten Massen der Konsumenten. Gegen diese ungeheuerliche Ausbeutung lehnen sich heute schon bürgerliche Wirtschaftler auf, die allerdings nur gegen die Symptome, aber nicht gegen das System Einwendungen erheben.

Nach der „Leipziger Volkszeitung“ bringt die letzte Nummer der Vierteljahrshefte der Konjunkturforschung eine Aufstellung über die Großhandels-Indexziffern der freien und der geregelten Preise von industriellen Rohstoffen und Halbwaren, wobei 1925 = 100 gesetzt ist. Die Gegenüberstellung ist höchst interessant und aus ihr ergibt sich zweifelhaft die Richtigkeit der obigen Darlegung:

Zeit	Freie Preise	Geregelte Preise
1926: Januar	91,8	98,8
1926: Juli	85,7	97,5
1927: Januar	85,7	97,5
1927: Juli	91,3	97,7
1928: Januar	93,5	97,9
1928: Juli	93,8	99,7
1928: Oktober	90,5	100,0

Geregelte Preise sind solche, die von den Kartellen und Syndikaten bestimmt werden. Vergleiche ergeben nicht nur, daß immer die Kartellpreise höher sind als die freien, sondern sie zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Kartelle im Jahre 1928 mit dem Beginn sinkender Konjunktur ihre Preise erhöht hatten, während die freien Preise gesunken sind. Wer die bürgerliche Presse zurzeit großer Arbeitskämpfe verfolgt, der wird, zwar ohne Beweis, immer gegenteilige Behauptungen finden. Sie wirft den Gewerkschaften Mangel an wirtschaftlicher Einsicht vor und glaubt besonders das Schlichtungswesen für die, dem bürgerlichen Denkmöglichen unfaßbaren Lohnerhöhungen verantwortlich zu machen. Sie übersieht dabei geflissentlich und wider besseres Wissen, daß die Situation für die Arbeiterklasse heute eine wesentlich andere ist. Zunächst ist für den über-großen Teil derselben noch lange nicht die Kaufkraft der Löhne von vor dem Kriege erreicht, die

damals schon ungenügend waren. Wichtiger ist jedoch die Tatsache, daß die Produktivkraft um ein gewaltiges gesteigert ist und die Löhne, d.h. also der Anteil der Arbeiter aus dem Produktionsergebnis, auch in den günstigsten Fällen weit hinter deren Steigerung zurückgeblieben sind. Die Arbeiterklasse hat aber ein absolutes Recht darauf, auf dem erhöhten Ertrag der Arbeit — soll er nicht zum vollendeten Unsinn werden — einen gesteigerten Anteil zu haben. Würde diese Tatsache schon vollauf genügen um die Kräfte der Arbeiterklasse für erhöhten Lohn einzusetzen, so macht es aber die weitere Tatsache, daß wir heute in immer ständig aufsteigender Linie der Preise sind, für die Gewerkschaften zum eisernen Muß, Lohnerhöhungen auch zu Zeiten größter Arbeitslosigkeit zu fordern evtl. durch Kampfmaßnahmen zu erzwingen.

Wir haben uns hier schon öfters mit der dummen Behauptung beschäftigt, daß es die Steigerung der Löhne sei, die an den Preissteigerungen schuld trage. In Wirklichkeit ist es die Herrschaft einer handvoll Menschen in den ausschlaggebenden Zweigen der Industrie. Wir wollen jedoch auch heute wieder ein paar Beispiele hierher setzen, die wir aus der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, die sie wieder aus einer Schrift des Geschäftsführers vom Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Karl Lange, entnommen hat:

Das erste Beispiel stammt von der Gasmotorenfabrik Deutz. Danach lieferten vor der Umstellung 650 Mann Belegschaft bei einem Motorgewicht von 45 kg 900 Tonnen; nach den Umstellung lieferten 345 Mann bei 24,5 kg Motorgewicht 950 Tonnen. Durch die Fließarbeit werden 40 v. H. an Löhnen gespart, obwohl eine Erhöhung des Stundenlohnes um 28 v. H. eintrat. Die Ersparnis an Unkosten betrug 42 v. H. Da andererseits die Materialkosten um 10 v. H. stiegen, ergibt sich schätzungsweise eine Gesamtersparnis von etwa 15 v. H.

Das zweite Beispiel stammt von der Nähmaschinenfabrik Haid & Neu, Karlsruhe. Danach hat sich die Leistung je Kopf der Arbeiter durch Einführung der Fließarbeit um 60—70 v. H. gesteigert. Die Selbstkostenänderung war so stark, daß die Löhne je Arbeiter von 7,50 Mk. pro Tag auf 12,— bis 14,— Mk. erhöht werden konnten. Hier hat also eine Erhöhung der Löhne auf fast das Doppelte und trotzdem eine beträchtliche Herabsetzung der Selbstkosten stattgefunden.

Über die Auswirkung der Rationalisierung auf den deutschen Maschinenbau insgesamt wird festgestellt, daß der Versand je Kopf der Arbeiter vom 1. Vierteljahr 1925 andauernd gestiegen ist; er lag im letzten Vierteljahr 1926 um 48 v. H. höher als im ersten Vierteljahr 1926. Also in nicht viel mehr als 6 Monaten eine Steigerung der Absatzmenge je Kopf der Arbeiter um die Hälfte.

Ein lehrreiches Beispiel für die Arbeiterklasse war der Kampf an der Ruhr, der durch das Eingreifen der Reichsregierung eine wenig erfreuliche Wendung und Beendigung gefunden hat. Während des Kampfes schrieb ein maßgebendes Unternehmerorgan: Die Ausrüstung der Werke so wie sie heute ist, genüge, um in zehn Monaten die Jahresproduktion herzustellen. Es macht also nicht allzu viel aus, wenn die Werke zwei Monate stillliegen. Mag auch dieser Ausspruch zum Teil als Schreckschuß gedacht sein, so liegt doch ein gutes Stück Wahrheit darin, denn tatsächlich ist ja heute das Auf und Ab auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr in fünfjährigen Perioden zu verzeichnen, sondern in ein- bis günstigstenfalls zweijährigen.

Die heutigen Wirtschaftskämpfe haben aber auch noch eine andere Seite, die der Beachtung wert ist. Immer sehen wir die Arbeiter, die in den christlichen und Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften organisiert sind, an der Seite der freien Gewerkschaften gedrängt, um mit den gleichen Mitteln wie diese, entweder im Angriff oder in Abwehr zu stehen. Während diese Gewerkschaften ursprünglich als wirtschaftsfriedliche gegründet wurden, um den Kampforganisationen der freien Gewerkschaften entgegen zu wirken, sind sie heute selbst gezwungen, Kampf zu führen. Allerdings ist der Abstand zwischen diesen Organisationen und den freien Gewerkschaften noch weit, aber aus dem Ganzen ergibt sich doch, daß wir nicht in einer Zeit abgeschwächter, sondern in einer Zeit verschärfter Klassengegensätze leben und daß die Christen und Hirsche zum Kampf gezwungen sind, ob sie wollen oder nicht. Ein Unternehmertum, das rücksichtslos auf seine Machtstellung pocht, hämmert es ihnen täglich in den Schädel. Es wird so gegen seinen Willen Wegbereiter für die große mächtige Einheitsfront der Arbeiterklasse in einer geschlossenen einheitlichen Organisation.

**Kleine gewerkschaftliche Chronik des Jahres 1928.**

II.

Vom 29. Juli bis 3. August Verbandstag in Jena, der wichtige Beschlüsse faßt. Der Verbandsbeitrag wird um 20 Pfennige die Woche erhöht und ein prozentualer Anteil für lokale Ausgaben festgesetzt.

August. Auf Veranlassung des Reichstags verordnet der Reichsarbeitsminister Wissel, daß ab 20. August die Krisenunterstützung auf die Berufsgruppen Glasindustrie, Theaterbetriebe und unbzw. angeleitete Fabrikarbeiter auszudehnen sei. Beim Spinnstoffgewerbe kann die Krisenunterstützung auf Anordnung der Landesarbeitsvorsitzenden erfolgen. Die Unterstützung wird bei Arbeitslosen über 40 Jahre von 39 auf 52 Wochen verlängert.

Mehr als sieben Monate dauerte der Streik im schwedischen Erzbergbau, der nunmehr beendet ist.

Das Reichsbahngericht entscheidet, daß die Reichsbahn zu einer Tarifierhöhung berechtigt ist. Reichsarbeitsminister Wissel verordnet die Erhöhung der Angestellten-Versicherungsgrenze von 6000 auf 8400 RM. pro Jahr.

Durch Schiedsspruch erhalten die rheinischen Braunkohlenarbeiter eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 12 Proz.

Die Unternehmer der Herrenkonfektion sperren 40 000 Arbeiter aus.

Englands Eisenbahner erhalten ab 13. August eine Lohn- und Gehaltskürzung von 2 1/2 Proz.

Am 27. August wird in Paris der Pakt zur Achtung des Krieges (Kelloggakt) von Vertretern von 15 Nationen unterzeichnet.

Hugo Stinnes jr. wird in Berlin verhaftet, da begründeter Verdacht besteht, daß er an den Altbesitzfälschungen beteiligt ist.

September. Der französische Handelsminister Bokanowski kommt am 2. September durch einen Flugzeugunfall ums Leben.

Vom 3. bis 7. September tagt in Hamburg der Kongreß der freien Gewerkschaften. Die Demokratisierung der Wirtschaft bildete den Kernpunkt der Tagung.

Der Arbeitgeberverband des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus kündigt zum 30. September die Lohnforderung.

In Genf wird in Verbindung mit der vorzeitigen Rheinlandräumung die Reparationsfrage neu aufgerollt.

Vom 9. bis 11. September findet in Köln der 7. Bankiertag statt. Der Hamburger Bankier Warburg nennt den Arbeitnehmer den ersten Feind geordneter Publizität.

In Salzburg tagt vom 12. bis 15. September der deutsche Juristentag, der Vorschläge zu einer Reform der Kartellgesetzgebung macht.

Am 21. September tagt in München der Deutsche Großhandelstag, auf dem Prof. Schumpeter die heutige Wirtschaft eine private Planwirtschaft nennt.

Ein Schiedsspruch im Lohnkonflikt in der Herrenkonfektion sieht eine Lohnerhöhung um 10 bis 12 Pf. je Stunde vor.

Oktober. Der Generalrat der Reichsbank wählt einstimmig Dr. Schacht auf weitere 4 Jahre zum Reichsbankpräsidenten.

Rund 50 000 Wertfarbeiter beginnen am 1. Oktober den Streik.

Am 4. Oktober treten 40 000 Textilarbeiter in Lodz (Polen) in den Streik um höhere Löhne.

Im Waldenburger Steinkohlenrevier treten am 8. Oktober die Bergarbeiter in einen Streik, um höhere Löhne zu erreichen.

Das Luftschrift „Graf Zeppelin“ startet am 11. Oktober zum Flug nach Amerika, wo es nach 112 stündiger Fahrt landet.

Zwischen Poincare, Churchill und dem Reparationsagenten finden am 19. Oktober in Paris Besprechungen über die Reparationsfrage statt.

Der Textilarbeiterstreik und der daran sich anschließende Generalstreik in Lodz werden am 20. Oktober durch einen Vermittlungsvorschlag der Regierung beigelegt.

21. Oktober: 50 Wiederkehr des Tages des Erlasses des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Am 22. und 23. Oktober Tarifverhandlungen für das Chemigraphie-, Kupfer-, Licht- und Tiefdruckgewerbe in Hannover, die ein Ergebnis bringen, das von den Kollegen fast einstimmig abgelehnt wird.

In der München-Gladbacher Textilindustrie wird am 23. Oktober ein Schiedsspruch gefällt und für verbindlich erklärt, der eine 5 prozentige Lohnaufbesserung vorsieht. (Die Arbeitgeber hatten einen 12 1/2 prozentigen Abbau gefordert) wodurch die Ausperrung beendet ist.

Am 23. Oktober wird ein „Internationales Komitee zum Schutze der Inhaber russischer Anleihen“ gegründet, dem auch deutsche Banken beitreten, was in russischen Regierungskreisen große Verstimmung hervorruft.

# RECHT UND GESETZ

## Die Grundlage des Arbeitslebens in Sowjetrußland.

In der 1. Ausschußsitzung des ADGB sprach Oberregierungsrat Joachim vom Reichsarbeitsministerium über die Grundlage des Arbeitslebens in Sowjetrußland, über das er kurz vorher auch in einer Berliner Mitgliederversammlung gesprochen hatte. Wir entnehmen dem Vortrag folgendes:

Einen zusammenhängenden Überblick über die Sowjetunion und ihre Einrichtungen kann sich nur der verschaffen, der sich sprachlich und sachlich auf eine Informationsreise in Rußland vorbereitet hat. Eine Arbeiterdelegation kann sich unmöglich in dieser fremden Welt zurechtfinden, weil ihr nahezu jede erforderliche Vorkenntnis fehlt.

Es fehlt uns an gründlicher Kenntnis der Rechtsgrundlagen der Sowjetunion. Die Literatur darüber ist unzureichend. Man hört dies und jenes, aber man weiß wenig von den beherrschenden Grundauffassungen. Das gleiche gilt für die Arbeitsverfassung Sowjetrußlands. Um sie wirklich zu verstehen, ist es notwendig, rechtsvergleichend vorzugehen, d. h. die Arbeitsverfassung Rußlands muß in Beziehung gesetzt werden zu der Arbeitsverfassung in Deutschland.

Die Grundlage der Arbeitsverfassung in Deutschland ist der Tarifvertrag. Er ist es auch in Rußland. Der betreffende Paragraph im Arbeitsgesetzbuch deckt sich fast wörtlich mit dem ersten Artikel des deutschen Tarifvertragsgesetzes. Die Übereinstimmung kommt daher, daß die russische Arbeitsgesetzgebung diese Bestimmung aus der deutschen Gesetzgebung übernommen hat. Wird nun aber der Tarifvertrag als Grundlage der Arbeitsverfassung anerkannt, so ist das nur möglich unter der Voraussetzung, daß es auch in Rußland Arbeitnehmer und Arbeitgeber gibt. Die vernünftigen Russen, die viel vorurteilsloser über die Verhältnisse in Rußland denken und sprechen als ihre Parteigänger in Deutschland, leugnen nicht, daß Rußland noch kein sozialistischer Staat ist.

Was für Arbeitgeber gibt es in Rußland, wie sind sie geartet? Es gibt drei verschiedene Arbeitgebergruppen im Gewerbe.

Die erste Gruppe sind die landläufigen Arbeitgeber, wie es sie überall gibt. Es gibt zwar keinen Großarbeiter, wohl aber handwerkliche Arbeitgeber, Kleinrentner. Aus der großen Zahl von Arbeitsgerichtsverhandlungen, denen er beigegeben hat, konnte der Vortragende ersehen, daß es sich in Rußland um die gleichen Arbeitsstreitigkeiten handelt wie in Deutschland. Innerhalb der Gesamtproduktion hat zwar der Kleinbetrieb geringere Bedeutung, besonders in Moskau und Leningrad. Um so wichtiger ist er für das Arbeitsleben; um so häufiger findet man ihn in den kleinen und mittleren Städten. Die Sowjetunion besteht noch weniger aus Moskau und Leningrad, als Deutschland aus Berlin. Je weiter man von Moskau und Leningrad wegbekommt, um so mehr drängt sich der private Unternehmer in das Straßenbild, besonders im Süden, z. B. in Charkow. In Moskau gibt es z. B. nur städtische oder genossenschaftliche Speisehäuser. In Charkow dagegen fast nur private Restaurants, ebenso in Tiflis. Auch die Konfektionshäuser sind dort in privaten Händen. In Moskau beschafft man sich die Anzüge in der Cooperative; in Odessa beim privaten Schneider. Der private Arbeitgeber ist also in der Sowjetunion keineswegs verschwunden. Auch der Kampf gegen ihn wird nur in den Hauptstädten mit wirklicher Energie geführt. Die privaten Arbeitgeber haben allerdings, auch wenn und obwohl sie russische Staatsangehörige sind, kein Staatsbürgerrecht — z. B. kein Wahlrecht —, weil sie fremde Arbeitskräfte ausbeuten. Die Entscheidung, wer als Ausbeuter anzusehen ist, trifft die Verwaltung. Indessen ist die rigorose Bestimmung von begrenzter Geltung als ihr Wortlaut zuzulassen scheint. Z. B. fällt die Beschäftigung von Hausangestellten nicht unter den Begriff der Ausbeutung. Hausangestellte für einzelne Familien oder Kreise von Familien gibt es aber in Rußland sehr häufig; letzteres deshalb, weil in den meisten Fällen Mann und Frau arbeiten müssen und sich nicht um die Kinder kümmern können. Teilweise scheint es auch in der Landwirtschaft Ausnahmen von der Regel zu geben.

Die zweite Gruppe der Arbeitgeber sind die Konzessionäre, d. h. keine russischen Staatsangehörigen, sondern Ausländer. Sie kommen nach Rußland herein, weil für die Rationalisierung der Betriebe Kapital benötigt wird. Geld hat man in Rußland noch weniger als in Deutschland. Selbst wenn die Sowjetindustrie noch so gut organisiert wäre, würde ihr die amerikanische Bankwelt kein Geld geben, weil sie eben Sozialisten kein Geld geben will. Man kann daher Geld auf dem Wege der Anleihe nicht bekommen. Man muß zum Geld den Unternehmer mit in Kauf nehmen. Diese Maßnahme läßt sich nicht als „Verrämschung der Staatsindustrie“ bezeichnen, wie es vielfach geschieht. Die Konzessionen sind überdies kein

so großer Teil der russischen Gesamtwirtschaft, wie häufig angenommen wird. Vor allem: Diese Konzessionäre unterstehen den arbeitsrechtlichen Gesetzen genau so wie die anderen Unternehmer. Die Bestimmungen, die für sie gelten, sind sogar eher noch schärfer. Die Ausländer bekommen die Konzessionen nur, wenn sie mit den russischen Gewerkschaften einen Tarifvertrag abgeschlossen haben. Die mitgebrachten deutschen Arbeiter stehen vertragsmäßig unter deutschem Arbeitsrecht; sie werden im allgemeinen besser entlohnt als die russischen Arbeiter. Die mitgebrachten Arbeiter sind in der Regel Werkmeister und Vorarbeiter. Der Konzessionär kann nicht denselben Tarifvertrag bekommen, wie etwa der Arbeitgeber der öffentlichen Hand, d. h. die in den Betrieben der öffentlichen Hand geltenden Tarifverträge haben schlechtere Arbeitsbedingungen.

Die erste und zweite Gruppe spielen zahlenmäßig keine Rolle gegenüber der dritten Gruppe: dem Arbeitgeber der öffentlichen Hand. Der Hauptarbeitgeber ist nicht der Staat. Die Entwicklung geht einen ähnlichen Weg wie in Deutschland. In den Staatsbetrieben der Vorkriegszeit bestand die Tendenz zur Umwandlung der Arbeitsverhältnisse in das Beamtenverhältnis. Der Arbeitnehmer wurde gewissermaßen Staatsfunktionär. So war es bei der preußischen Staatsbahn. Das ist anders geworden, sowohl bei der heutigen Reichsbahn wie bei der Reichspost: Es sind verselbständigte Unternehmungen der öffentlichen Hand, keine Staatsunternehmen. Ähnlich liegt es bei der Preußag. Auch die Kommunen in Deutschland gehen dazu über, ihre Unternehmungen zu verselbständigen. Um verselbständigte Unternehmungen in diesem Sinne handelt es sich auch in Rußland, also nicht um Staatsunternehmen.

Der „Oberste Volkswirtschaftsrat“ in der Sowjetunion ist die Generaldirektion der verselbständigten Industrien der öffentlichen Hand. Der Vorsitzende ist zugleich Volkskommissar, also Minister im Kabinett. Seine Stellung entspricht etwa der des Reichspostministers in Deutschland. Wie für das ganze Reich den Obersten Volkswirtschaftsrat, gibt es für die einzelnen Republiken der Sowjetunion Volkswirtschaftsräte, gleichfalls mit Kommissären an der Spitze. Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat nicht nur Einfluß auf die unions-eigenen Industrien, sondern auch auf die Industrien der einzelnen Republiken. Jede der einzelnen Industrien ist ein einheitliches verselbständigtes Unternehmen, etwa der Metalltrust, Ledertrust usw. Zu unterscheiden sind Uniontrusts und Republiktrusts. Z. B. ist der Jugo-Stahltrust ein Uniontrust, die meisten Trusts gehören aber den einzelnen Republiken. Diesen Trusten unterstehen die einzelnen Betriebe.

Die Volkswirtschaftsräte gliedern sich in verschiedene Abteilungen, darunter auch eine tarifökonomische Abteilung, die sich mit Arbeitgeberfragen befaßt. Diese Abteilungen sind in den Verhandlungen über die Regelung der Arbeitsbedingungen nicht etwa nachgiebiger als die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Deutschland. Sie können nach Ansicht des Vortragenden auch nicht anders vorgehen, denn der russische Staat ist eben kein sozialistischer Staat; er ist höchstens auf dem Wege zum Sozialismus.

Es gibt Reichs-, Landes- und unter Umständen auch Bezirkstarife. Dabei zeigt sich, daß ein sehr wichtiges Problem auch in Rußland keine befriedigende Lösung gefunden hat: Wir können — auch in Deutschland — die schönsten Tarife haben, die Akkorde werden in den Betrieben geregelt, nicht in den Tarifen. In Rußland ist es nicht anders. Da nun der Akkordlohn in Rußland die Grundlage des Arbeitslohnes ist — also anders wie in Deutschland —, so ist die auch in Rußland geübte Methode der Akkordregelung in ihrer Wirkung besonders ungünstig, trotzdem der Direktor ein roter Direktor ist. Die Gefahren der betrieblichen Regelung der Akkorde sind trotz der grundsätzlichen Kräftigung der Stellung des Arbeiters in Betrieben kaum weniger groß als in Deutschland. Der rote Direktor ist zwar immer früher Arbeiter gewesen, aber er ist eben doch der Leiter des Betriebes: er wird nicht etwa gewählt, sondern auf Weisung des Volkswirtschaftsrats eingesetzt. Für den roten Direktor gilt, was für die tarifökonomischen Abteilungen der Volkswirtschaftsräte gesagt worden ist: er muß alles herauswirtschaften, was herausgewirtschaftet werden kann, sonst versündigt er sich nach der herrschenden Auffassung an dem Gesamtproletariat zugunsten einer Gruppe von Proletariern.

Die Arbeitnehmer sind genau wie in Deutschland organisiert in den Gewerkschaften, und zwar sind sie in gleicher Weise verfassungsmäßig die Vertreter der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern wie gegenüber dem Staat. Diese Vertretung ist, wie aus dem vorhergehenden sich ergibt, auch unbedingt notwendig. Der Vortragende war im ganzen von den russischen Gewerkschaften angenehm enttäuscht. Es herrscht zwar ein

gewisser Bureaokratismus bei dem zentralen Gewerkschaftsrat, aber in den unteren Instanzen weniger. Der Zentralismus ist in Rußland stärker, weil die zentralen Gewerkschaftsinstanzen zuerst da waren und erst dann die Industrieorganisationen im deutschen Sinn aufgezogen worden sind.

Die russischen Gewerkschaften sind reine Industrieverbände, z. B. der Verband der Arbeitnehmer in der Metallindustrie umfaßt alle Arbeitnehmer vom ersten Ingenieur bis zum letzten Laufjungen. Die Gliederung ist im allgemeinen wie in Deutschland, bis auf die unterste Stufe, die nicht die Ortsverwaltungen bilden, sondern die Betriebsräte. Die Betriebsräte können infolgedessen auch Tarifverträge bzw. Betriebsvereinbarungen abschließen, eben weil sie Bestandteile der Gewerkschaften sind.

Die Organisation der Arbeitnehmer entspricht genau der Organisation der Arbeitgeber. Der Artikel 165 der Deutschen Reichsverfassung ist in Rußland ganz klar durchgeführt. Der Arbeitskommissar wird stets dem zentralen Gewerkschaftsrat entnommen, wie umgekehrt der Wirtschaftskommissar dem Obersten Volkswirtschaftsrat. Wie jene im Kabinett zusammenarbeiten, gibt es in den Betrieben eine ständige Betriebsarbeitsgemeinschaft (Vertreter der sozialpolitischen Abteilung der Betriebe und Betriebsräte). Ihre Aufgabe ist z. B. die Erledigung der meisten Arbeitsstreitigkeiten (und zwar ohne unparteiischen Vorsitzenden), außerdem die Regelung der Akkorde. Die Betriebsarbeitsgemeinschaften (RKK.) scheinen die allerbedenklichsten Einrichtungen der russischen Arbeitsverfassung zu sein, denn es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Interessen der Arbeiter auf diesem Wege wirksam wahrgenommen werden können.

## Neuer Erlaß zur Regelung der Arbeitsstreitigkeiten in Rußland.

Das Zentral-Exekutiv-Komitee der Sowjets und der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion haben neue Bestimmungen über die Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten durch Schlichtung und Schiedsgerichtsbarkeit ihre Zustimmung gegeben.

Es bestehen folgende Organe zur Prüfung von Arbeitsstreitigkeiten: 1. die Schieds- und Schlichtungsorgane (paritätische Ausschüsse für Arbeitsstreitigkeiten, Schlichtungskammern und Schiedsgerichte); 2. die Volksgerichte, in deren Rahmen besondere Sitzungen für Arbeitsfragen stattfinden.

Die paritätischen Ausschüsse zur Prüfung der Arbeitsstreitigkeiten sind ständige Schieds- und Schlichtungsorgane, die innerhalb jedes Betriebes bestehen. In ihnen sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten. Neben ihrer Aufgabe in Arbeitsstreitigkeiten vermitteln einzugreifen, sind sie zuständig für die Aufstellung neuer Arbeitsbedingungen im Rahmen der vom Gesetz oder den Gesamtarbeitsverträgen vorgesehenen Bestimmungen. Die Fristen, innerhalb deren die Streitfälle bei den paritätischen Ausschüssen angemeldet werden müssen, sind je nach ihrer Art zwischen 14 Tagen und drei Monaten festgesetzt.

Wenn in diesem Ausschuss eine Verständigung der Parteien nicht zustande kommt, wird die Schlichtungskammer damit befaßt oder das Schiedsgericht, wenn es sich um die Festsetzung neuer Arbeitsbedingungen handelt. Dagegen ist die Arbeitstagung des Volksgerichts zuständig, wenn es sich um die Gewährung einer Entschädigung handelt. Die Schlichtungskammern bestehen bei den Volkskommissariaten der Arbeit in der Union und den angeschlossenen Republiken sowie bei den örtlichen Arbeitsorganen auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung zwischen den beteiligten Gewerkschaften und Arbeitgebern. Die Schlichtungskammern umfassen einen Vertreter jeder Partei und einen vom zuständigen Arbeitsorgan ernannten Vorsitzenden.

Die Schiedsgerichte bestehen bei den gleichen Organen wie die Schlichtungskammern, sie werden ebenfalls zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften vereinbart. Die Einrichtung eines Schiedsgerichts findet jedoch schon auf Antrag einer der Parteien statt. Die andere Partei ist in diesem Falle verpflichtet, sich dem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Das Schiedsgericht umfaßt je einen Vertreter jeder Partei und einen auf dem Wege der Vereinbarung der Parteien gewählten oder vom Arbeitsorgan ernannten Schiedsrichter. Wenn hier eine Verständigung der Parteien nicht zustande kommt, entscheidet der Schiedsrichter den Streitfall.

Die Arbeitstagungen der Volksgerichte haben sich mit Streitfällen zu befassen, die aus der Verletzung der Arbeitsgesetze, der Bestimmungen eines Gesamt- oder Einzelarbeitsvertrages oder einer unrichtigen Anwendung der Strafen herühren. Um dem Arbeitnehmer die Anrufung einer Arbeitstagung des Volksgerichts zu erleichtern, sind keine Formalitäten einzuhalten. Insbesondere ist kein schriftlicher Antrag erforderlich.

# VERBAND UND BERUF

## Hingabe und Zusammenhalt im Beruf.

(Alle Rechte vom Verfasser vorbehalten.)

Von Anton Franz Bechtold, Volkswirt.

Geeignetes Berufswissen, Berufskönnen und geeignetes Verhalten im Beruf sind die drei Haupterfordernisse für das erfolgreiche Berufsschaffen. Daß die einzelnen Berufsangehörigen das Nötige wissen und können müssen, darüber besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit, und so ist es auch verständlich, daß über das Berufswissen und Berufskönnen viel gesprochen und geschrieben wird. Dies mit Recht. Je klarer wir uns machen, was zuerst nötig ist, was dann und dann kommen muß, umso eher können wir da und dort nachhelfen, wie man so sagt: am richtigen Ort zugreifen, in der richtigen Weise ordnen, aufbauen und zusammenbringen, was jeweils zusammengehört. So erwerben wir: Kenntnisse, Erkenntnisse (zusammen: Wissen), Geschicklichkeit, Gewandtheit, Fertigkeit, Leistungsfähigkeit (zusammen: Können), Wahrhaftigkeit, Treue, Gewissenhaftigkeit, Zurückhaltung, Mut, Ausdauer, Hingabe (zusammen: Verhalten).

Wenn man von der Hingabe im Beruf sprechen möchte, ist es zweckmäßig, sie zuerst richtig einzureihen, und dasselbe gilt für den Zusammenhalt im Beruf. Nämlich, die Hingabe und der Zusammenhalt helfen nicht viel, wenn man nicht genügend weiß und kann. Das Verhalten ist nach unserer Einteilung drittes. Wohl ein Drittes, aber deshalb doch nicht unwichtiges. Es wäre nicht schwer, nachzuweisen, wie viele sich durch ihr ungeeignetes Verhalten wirtschaftlich schwer schädigen und sich das Leben verbitterten. Mancher ist schon gescheitert, der beruflich genügend wußte und konnte, sich aber falsch verhielt. Dieses Dritte: das Verhalten, kann gar nicht genug bedacht werden. Jedenfalls, ohne das richtige Verhalten können sich Berufswissen und Berufskönnen nicht richtig auswirken. Ja, man kann sagen, daß man an dem Grad der Hingabe ermesen kann, wie es um das Berufswissen und das Berufskönnen bestellt ist oder wenigstens in einer gewissen Zeit bestellt sein wird. Denn die Hingabe ist es, die zum Berufswissen und -können führt. Sie ist es, die beides erzeugt, vervollkommen und die immer wieder von neuem aufbaut und so zu größerer Leistungsfähigkeit führt.

Hingabe heißt: eindringen in das, was geschehen und unterbleiben soll; mit Lust und Liebe denken, handeln und schaffen und darin nicht erlahmen. Die Hingabe hat mit der Ausdauer gemeinsam, daß sie anhält und aushält, aber die Hingabe hält mit Zuneigung und Innigkeit an. Ausdauer kann man auch bei kühlerem Verhalten zeigen: in der Hingabe aber ist Wärme enthalten, und das gibt ihr das besondere Kennzeichen: Hingabe ist Liebe zu den Dingen, Menschen, Beziehungen und Verhältnissen, die uns umgeben. Beruflich ist sie: das gründliche Erfassen aller Berufsangelegenheiten: die richtige Ausbildung, die zweckmäßige Fortbildung, das Ausharren unter schwierigen Verhältnissen, die vorzügliche Leistung. Nur durch Hingabe erwirbt man sich, was man zur Berufsführung und Berufsgestaltung braucht: nur durch sie lernt man die Berufszweige verstehen und Urteilsfähigkeit in Berufsfragen gewinnen. Wenn ich den Gegensatz von Hingabe herausheben darf, so möchte ich ihn: „Es geht auch so“ oder: „Es kommt nicht so genau darauf an“ bezeichnen. „Es geht auch so“ und „Es kommt nicht so genau darauf an“, ist die Auffassung dessen, der berufsfremd ist, auch wenn er noch so lange im Beruf tätig ist. Gewiß geht es das eine oder andere Mal so, und manchmal kommt es nicht so genau darauf an, aber das kann man doch erst sagen, wenn man die Angelegenheit richtig bedacht hat. Hat man sie aber richtig bedacht, so urteilt man nicht so, sondern man sagt: „In diesem Fall reicht dies und jenes aus, mehr wäre Vergeudung. Diese Einsicht entstannt einer Erkenntnis, und zwischen ihr und dem „Es geht auch so“ und dem „Es kommt nicht so genau darauf an“ ist ein himmelweiter Unterschied. „Es geht auch so“ entstannt der Abneigung, sich näher mit einer Angelegenheit zu befassen. „Mehr ist nicht nötig“ erwächst aus der Einsicht, daß man sich in jeder Angelegenheit nur in dem erforderlichen Maß hingeben soll: eben im allgemeinen und besonderen so hingeben muß, daß eine vorzügliche Leistung zustandekommt. Damit ist die Grenze der Hingabe angedeutet.

Es gibt eine obere und untere Grenze in der Hingabe. Die obere ist da, wo der Berufsangehörige ins Sinnieren, Tüfteln oder Grübeln kommt. Sie ist da, wo ihn die Zweifel und Bedenken so festhalten und hemmen, daß er vergißt, wessen eigentlich seines Berufes oder seines Amtes ist. Wenn er sozusagen ausschlägt anstatt einschlägt, überschreitet er die wünschenswerte Hingabe. Ob es Stoffkunde, Technik, Philosophie, Kunst, Sprachen, Altertumswissenschaft, Politik, Spiel, Sport

oder ähnliche Gebiete sind, in die der einzelne hinausgeraten ist: er muß sich wieder entsprechend in seine Berufsangelegenheiten hineinfinden, wenn er dabei nicht zurückkommen möchte. Wenn er allerdings merkt, daß ihn dies oder jenes abseitsliegende Gebiet beruflich bebruchtet, so handelte er sehr unklug, wenn er sich in kleinlicher Weise davon abwendete. Immerhin: die Warnung ist hier am Platze: sich nicht mehr vorzuwagen, als mit dem Berufswohl verträglich ist. Sich stiller Beschaulichkeit während der Arbeitsstunden hingeben, mag in diesen Augenblicken beglücken, die Arbeit wird aber damit nicht getan. Die beglückenden Augenblicke der Hingabe an andere Gebiete während der regelmäßigen Schaffenszeit rächen sich schwer am Beruf: es geht rückwärts, und dieser Rückgang bringt einen ganz üblen Katzenjammer mit. Manche Fälle dieser Art habe ich beobachtet: die Leute redeten überlegen über dies und jenes. Sie sprachen so klug und weise, daß man eine ordentliche Achtung vor ihrer Belesenheit und ihrem Denken bekam. Aber gelegentlich hörte man: Bei dem klappts nicht! Er hängt beruflich, und es will ihm nicht gelingen, aus der Beklemmung herauszukommen. Da haben wirs. Er gab sich nicht dem Beruf hin, sondern anderen Angelegenheiten, und das führte abwärts.

Die untere Grenze der Hingabe ist da, wo alles husch-huschet, wo nichts gründlich genommen wird, wo eben die Lust und Liebe zur Sache fehlt. Von diesen Menschen stammen auch die absprechenden Urteile über den Beruf. Es gibt aber nicht nur Husch-huschet oder Oberflächenberuf, sondern auch Schwerfälligkeit- und Tiefenberuf. Also solche, die alles besonders schwer auffassen, schwer nehmen und nicht aus der Tiefe herauskommen. Daß sich da nicht die rechte Hingabe einstellt, ist kein Wunder. Die Hingabe wird weder an der Oberfläche noch in der Tiefe erworben. Wohl sollen wir von der Oberfläche zur Tiefe steigen. Von der Tiefe aber sollen wir wieder herauf. Man lernt die nötige Gründlichkeit nur, wenn man umsichtig beobachtet und sich zu flottem Arbeiten erzieht. Vorwärts aber kommt man nicht, indem man hinter den Erwartungen zurückbleibt, sondern indem man das Gewünschte ein wenig besser macht, als es erwartet wurde.

Die Hingabe hat aber noch einen anderen Sinn: sie führt zum Zusammenhalt und zum Zusammenhalten. Wer etwas zu leicht oder zu schwer nimmt, der findet die richtige Verbindung nicht. Berufshingabe heißt: vereinen und trennen können. Beides ist nötig. Abgetrennt soll das Falsche, Unsinnige, Unzweckmäßige werden, zusammengebracht und vereint das Richtige, Sinnvolle, Zweckmäßige. Aber die größte Vorsicht ist beim Abtrennen nötig. Schnell sind die Verbindungsbrücken abgebrochen; schwer ist es, Niedergedrehtes aufzubauen. Viele bedenken zu wenig das bekannte Wort, daß man das dunkle Wasser nicht ausschütten soll, bevor man helles hat. Ich kenne manche Menschen, die durchaus fähig sind, zu sagen, was an einer Angelegenheit falsch ist. Sie denken und reden sich aber derart in die Einzelheiten des nach ihrer Meinung Falschen hinein, daß alles zerstäubt und zerstört. Sie finden schnell den Weg aus den Dingen hinaus, aber nicht mehr in sie hinein. Das ist politisch, gesellschaftlich und beruflich falsch. Zu einer vernünftigen Auffassung kann man nur kommen, wenn man sich bemüht, von einem Ganzen auszugehen und wieder zu ihm zurückzukehren.

Wer kennt nicht jenen, der sich leicht begeistern läßt und der ebenso rasch abflaut, wenn es nicht nach seinem Willen geht? Wie viele haben Vereine, Verbände, Bünde begründet und mitbegründet und haben nicht standgehalten, sei es, daß sie bald davonliefen oder nichts mehr für die Gründung taten. Alle diese verkennen den Sinn eines Vereines, eines Ganzen und Übergeordneten. Ein Verein, der Verband, ein Bund ist nur durch Hingabe zu führen und zu erhalten. Wer etwas von einer Vereinigung verlangt, was sie ihrer ganzen Natur nach nicht leisten kann (also nicht in ihrer Macht ist), der muß enttäuscht werden. Daran aber ist der zuviel Verlangende schuld, nicht die Vereinigung. Wo durch den Zusammenhalt etwas erreicht werden soll, da muß zunächst hingeegeben werden. Erst durch Hingabe ist Hergabe möglich. Die Hergabe ist nur in den Grenzen der Hingabe möglich. Hingabe und Hergabe sind mit dem auf der Erde vorhandenen Wasser vergleichbar. Dem Meer entsteigt das Wasser, es fällt zur Erde und strebt immer wieder dem Meer zu. Alles Wasser der Erde strebt zum Meere, jeder Tropfen landet in einem Meere. Aus dem Meer aber kann nicht mehr Wasser steigen, als ihm zuzießt. Die Hingabe entspricht der Hergabe und die Hergabe der Hingabe. Hingabe im Beruflichen ist aber nicht nur Geld und Zeit, sondern auch Pflege der Gesinnung und des Zusammenhalts. Nicht nur geben, sondern auch zum Geben bereit sein (Opferbereitschaft), ist wichtig, und ebenso der Entschluß, unter schwierigen Verhältnissen etwas durchzu-

setzen. Also auszuhalten, nicht lockerlassen, wenn unvermutete Hindernisse dazwischenkommen. Wie oft ist schon dem oder jenem vorhergesagt worden, daß es bald mit ihm zu Ende sei. Wer sich allerdings auf das Ende einrichtet, ging auch zugrunde. Alle die aber, die sich ordentlich wehrten und zusammennahmen, konnten bestehen.

Im Beruf muß jeder für sich das Berufsgemäße zusammenhalten und auf den Zusammenhalt im ganzen bedacht sein. Zusammenhalt entsteht nur in der Vereinigung mehrerer, vieler Berufsangehöriger mit zweckmäßigen Zielen. Wir sprechen von Selbst-, Berufsverbands-, Genossenschafts- und Staatshilfe. Das ist kurz: Eigen- und Gemeinschaftshilfe, oder: Einzel- und Mehrhilfe. Es ist nicht im geringsten zweifelhaft, daß es Verhältnisse gibt, wo weder ein Bund, ein Verband, eine Genossenschaft, noch Staat oder Gemeinde helfen können, sondern eben nur jeder sich selber. Eben so sicher ist aber auch, daß sich der einzelne nicht immer selber helfen kann. Und wiederum: Nicht zu allem sind Gemeinde und Staat fähig und nicht zu allem die Berufsverbände, Bünde und genossenschaftlichen Vereinigungen. Das muß sich der einzelne in seinen Nöten, bei seinem Begehren und seinen Forderungen klarmachen. Hat er sich das klargemacht, dann organisiert er sich in seinem Berufsverband. Er wartet nicht, „bis er ihm braucht“, sondern er organisiert sich alsbald, und wer organisiert ist, schafft und fördert den Zusammenhalt. Er wirbt für ihn, damit der Verband für ihn werben kann. So lernt er seine Kräfte besser erkennen und die ihm Übergeordneten und Nebengeordneten. Er sieht, wie er sich einrichten muß und wohin er sich im Falle der Not wenden kann. Das alles erfährt er aber nur durch Hingabe und Zusammenhalt. Und nicht durch das kleinliche Denken und Handeln, das sich in der Auffassung zeigt: Gebe ich denn nicht auch mehr, als ich bekomme? Eine solche Gesinnung läßt keine Hingabe und keinen Zusammenhalt aufkommen. Wer gleich aus einer Vereinigung oder einem Bündnis Vorteile haben möchte, ist ein kurzsichtiger Mensch. Wie lange müssen wir uns alle schulmäßig und lehrmäßig für das Leben und den Beruf vorbereiten und wie selten können wir Erlerntes oder Erkanntes ausnutzen! Deshalb aber schaffen wir die Schule und Lehre nicht ab; deshalb fragen wir nicht kleinlich und engherzig: „Wozu?“ Sondern wir schaffen ein halbares Fundament, das imstande ist, heranbrausendes Unwetter zu überstehen. Wir schaffen ein Fundament, auf dem für weitere Sicht aufgebaut werden kann. Diesen Sinn hat die Hingabe und der Zusammenhalt, und die beruflichen Bündnisse und Vereinigungen sollen die Kräfte zu besserem und erfolgreicherem Tun zusammenfassen.

## Achtung, Sammler der „Graphischen Presse“!

Das im Satz befindliche Inhaltsverzeichnis der „Graphischen Presse“, Jahrgang 41 (1928), soll auch dieses Jahr aus Gründen der Sparsamkeit, nur an die Kollegen kostenlos abgegeben werden, die für das Inhaltsverzeichnis ein besonderes Interesse haben. Um die Auflage dem Bedarfe entsprechend bemessen zu können, werden die interessierten Kollegen aufgefordert, ihre Bestellung des Inhaltsverzeichnisses umgehend, spätestens aber bis zum 26. Januar bei Conrad Müller, Schkeuditz b. Leipzig, Augustastr. 8 aufzugeben. Wer später als bis zum 26. Januar eine Bestellung des Inhaltsverzeichnisses einreicht, kann keine Berücksichtigung finden.

## Verpackungs-Ausstellung.

Das Leipziger Meßamt veranstaltet während der Leipziger Frühjahrsmesse 1929 in Verbindung mit der Verpackungsmittelmesse im Ringmeßhaus eine Verpackungsstgung zusammen mit dem AWF (Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung) und dem VDI in Form von Vorträgen mit anschließender Diskussion über neuere Verpackungsfragen. Der AWF wird im Ringmeßhaus eine Verpackungsstgung zeigen, die einen Überblick über die neueste Entwicklung des Verpackungswesens in bezug auf Verpackungen aus Holz, Pappe, Blech usw. sowie über Verschlüsse und Sicherungen bieten soll. Alle Hersteller und Verwender von Verpackungsmitteln, die an dieser Schau interessiert sind, werden gebeten, neue interessante Verpackungen möglichst mit Inhalt zur Verfügung zu stellen. Es interessieren besonders solche Verpackungen, die gegenüber den alten Verfahren wesentliche wirtschaftliche Vorteile bieten und möglichst grundsätzliche Neues darstellen. Mit Rücksicht auf den geringen zur Verfügung stehenden Raum müssen alle bereits bekannten Verfahren soweit wie möglich ausgeschaltet werden, so daß tatsächlich nur der neueste Stand der Entwicklung gezeigt werden kann.

# LITERATUR UND KUNST

## Kalifornien.

Leipzig—Los Angeles. Deutsche Steindruckerei in der Welt. Plakatdrucker. Filmindustrie zu Hollywood—Los Angeles. Filmplakate. In dreißig Weltssprachen. Auch in chinesisches und japanisch.

Sachsen—Kalifornien. Kalifornien: spanisch: Goldland — das Land: das Calé: das Geld liefert — fornia! Kalifornien: deutsch — na, ihr wißt ja. Kalifornien — fast so groß wie ganz Deutschland. Kalifornien: rund 400 000 Quadratkilometer. Sachsen? Sei ruhig — bloß 'ne Hand voll Erde. Kalifornien: rund 4 Millionen Bewohner, davon 100 000 Chinesen und Japaner. Sachsen? Auch rund 4 Millionen fleißige arbeitsame Menschen — und in Sachsen wieviele schlitzläufige, nach dem Mehrwert der Proleten schielende Chinesen? Kapitalisten? Sei ruhig — der Sächsische „Arbeitsgeber“-Verband kommt dir auf den Kopf: die Leipziger Krösusse — Tut aix: Wir haben 'nen dicken Schädel.

Kalifornien—Sachsen. Verhältnis? Ganz Deutschland wäre leer von Menschen — Sachsen ist überfüllt von Menschen: Sachsen fließt über, wie ein voller Rotweinkelch — hoi, nun gibt es freies Land die Hülle und Fülle — 4 Millionen Sachsen bevölkern das leere Deutschland. Habt ihr kapiert? Deutschland—Kalifornien: beinahe gleich groß — Kalifornien: 4 Millionen Mischmaschvölker — Deutschland: nur 4 Millionen Sachsen wären drin — alle andern Deutschen wären futsch: so ist das Größen- und Menschenverhältnis zwischen Deutschland und Kalifornien. Kalifornien: ein ungeheurer Staat — ungeheuer in Ausdehnung: in Wildheit und in paradiesischer Liebllichkeit der Natur. Im Norden heult der graue Grislybär in den Urwäldern der Douglasfichte, in der Coast-Range, im Küstengebirge und in der Sierra Nevada: hoch bis zu 4400 Metern: Mount Shasta! Im Süden flitzt der seidenbunte Kolibri um den im heißen Seewind tanzenden Palmbaum. Kalifornien. Langgestreckt liegt es am silberwelligem Stillen Ozean: eine schöne ruhende Seetochter — deren Augen blitzen wie der fliederblaue Himmel. Südkalifornien — Hauptstadt Los Angeles: die Stadt der Engel. Nordkalifornien — Hauptstadt San Francisco: die Stadt der Erdbeben und der Bankherren. Los Angeles! Die Engel! Die Engel dieser Stadt sitzen in Hollywood: in der Filmstadt — Beistadt zur Riesennetropole Los Angeles. Los Angeles: 1 Million buntgemischter Menschen: alle Völkertypen der Erde. Hollywood: 50 000 Menschen — darunter die schönsten Beine Amerikas.

Was du nicht sagst! Du redest von Beinen? Ei, säker, chottverdummich — von Mädchenbeinen schwätze ich: von den Filmbeinen Hollywoods. Hollywood—Heiligen-Holz! Wie aus heiligstem Madonnen- und Barabarholz, birkenweiß — so schön sind die Filmbeine der Damen von Hollywood. Um diese Damenbeine machen wir Reklame: Wir: Deutsche Steindrucker in Los Angeles: in der Engelstadt des immer blauen, immer sommerlichen Südkalifornien.

Nun lasse du alter Besenflechter mal die Spärberei sein — und werde du ernst. Will ich — jawohl!

Also: Ernst! Alles: was unter den Mädchen der U. S. A. schön und schlank: blond, schwarz und braun ist — hervorragend braun, schwarz und blond — alles: was als Weiblichkeit über den Durchschnitt hinaus gelten will: das kommt zur Filmstadt Hollywood. Und zu sagen: Amerika hat unter seinen 150 Millionen Menschen: 13 Millionen „mann- und gelbbare“ Jungfrauen: von 15 bis 25 Jahren, die schönsten davon kommen nach Hollywood. „Gelbbar“ — oder Bargeld? Beides. Ach so: Ernst! Na — also: Wenige Filmdiven reüssieren in Hollywood, sie werden funkelnde Brillantsterne. Tausende von bildschönen, engelgleichen Statistinnen aber — die reüssieren nicht. Ausstattungsstücke sind sie am Film — nicht mehr: lebende Kulissen! Jedes arme kleine Mädel trägt in der rosigen, braunen oder in der Apfel-sinenbrust ein Gärtchen geknickter Lilien: zertretene Hoffnungen. Oftmals geht es so aus: Kommt ein Dollarmillionär mit blitzblankem violetten Auto daher: Miß Sampson — oder Miß Trilidborg — oder Lady Afternoon — please, come in: in das Auto hinein — dann, Vollgas: Auf nach Mexiko! Der Dollarfürst entführt eine Filmtochter aus Hollywood — armes kleines Mädel, meistens Blut von unserm Blut — Proletenblut! Mexiko. Der Dollarfürst in Mejeico-City — in Ciudad Mejeico: Palast-Hotel — Schlampagner Caus La France, Whisky aus Old-mierry-Scotland — Daunnenbetten aus Skandinavien — der Dollarfürst und seine Diva spielen Affenparadies. — Ausgetobt? Oui. Yes. Jau. Back to Hollywood: zurück! Schon da — die Filmtochter entsteigt dem Luxusauto, es war ja wohl himmelblau? Nä: violett. — Da: Miß Trudy: ein Scheck von 1000 Dollar — für das Piäsier — und Good bye. Der Dol-

larfürst rollt davon — das Mädel kauft sich für 1000 Dollar Arbeitszeug: duftige Toiletten, Kostüme: und morgen wieder Statistin im Film. Voila: Das Goldland Kalifornien — Cal-fornia — das Gold und Mädchen liefernde Engelsland!

Nun: Los Angeles selbst. Die Millionenstadt, mitten hindurch der weiß und grün und silbern schäumende Engelsfluß — durch Parks und Villengärten hin. Nachts tanzen schleierlose Nixen! Los Angeles: ringsher die weite hügelige Landschaft ist ein einziger Garten: ein wirkliches Paradies: da wachsen schlankte Palmen, da blüht und duftet der grünrote Oleander und der Lorbeer wartet in den Gartenhecken auf schwärmende Poeten (Petroleum- und Auto- und Konserv- poeten!) Ganze Wälder von Zitronen-, Orangen- und Zitronatbäumen: das lange paradiesische Jahr hin schenken sie Frucht und Blüte und Schönheit und Freude und Duft und Geld zugleich! Die Gärten: Ananas, Aprikosen, Feigen — und das herrlichste Kernobst der Welt — in fünfhundert neugezüchteten Sorten. Feurige Äpfel! Goldene Birnen! Pflaumen — groß und gelb wie glänzende Kanarienvögel. Und dann das

Interesse haben: an den Prägungssätten der Landesgesetze den Kapitalisten bei Seite zu drücken? Ohne politischen Klassenkampf-Gedanken sind die Yankee-Gewerkschaften ein hinkendes Bein. Wir deutschen Steindrucker versuchten — in der Berufsgewerkschaft sozialistischen Geist zu propagieren — „das aber ist hier nicht erwünscht!“ — so hieß es vom Präsus.

Es ist wohl so: Europa ist in der Arbeiterbewegung der Welt bestimmt — als erster Kontinent: durch Zusammenarbeit von Gewerkschaft und sozialer Partei — gesetzmäßig eine neue Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung Gestalt werden zu lassen. Von Europa aus muß die Welle neuer Gesellschaftsformen ihren Schwung nehmen. Das YankeeLand mit seiner nur wirtschaftlich gerichteten Unions wird wohl ein günstiges Aufnahme- land für neuere Gesellschaftsformen sein — es bereitet langsam vor — aber am eigentlichen Klassenkampf, am großen heißen Ringen um die Landes- und Stadtparlamenten: an diesem brennenden Kampfe hilft Amerika nicht mit. Keine Illusionen aus den U. S. A., nein! Europa ist es: das Proletariat Europas — das der Welt ein neues Antlitz meißeln wird. Ein Antlitz in rotem Marmor: Göttin Libertas! Gekrönt vom Golde der Sterne.

Deutsche Steindrucker in der Welt. Mitarbeiter an der Umgestaltung der Welt — nennt ihr uns auch Bildhauer — Bildhauer in rotem Marmor — Libertas, Freiheit, Apollo, Schönheit, Aphrodite — freie Liebe eines jeden menschlichen Herzens!

Los Angeles. Blanke Stahlstraßen nach Osten: achtgeleisig. Über Texas nach New Orleans. Über Chicago nach Neuyork. Früchte und Gemüsekonserven rollen alle osthin: in die großen volkreichen Städte des Atlantik. Aber weiter als Gemüse und Südrüchte rollen die Filme von Los Angeles. Über die 4000 Meter hohen Berge der Sierra Nevada hinweg rollen sie nach Europa — und westlich rollen sie über das große Weltmeer hin: über den Stillen Ozean hinweg — Filme aus Hollywood flimmern in China, Japan, Indien und Australien. Wir Steindrucker formen die Plakate! Kalifornien: Kalifornien: — Goldland, wenn es nun auch ein Gedankenland wäre: wenn wir den Film sozialistisch gestalten könnten!? Dann — ja, dann — dann wäre die Welt schneller rot und frei — die Statue der internationalen Libertas stünde ein halbes Jahrhundert früher über den Städten der Welt: Das ist gewißlich wahr! Nützt die Filme — sie sind die lauteste Sprache zum Herzen der Völker! Max Dortu.

## Lithographen.

*Nach deinen Augen darfst du nicht lange fragen,  
Wenns nicht mehr geht: Dann mußt du 'ne Brille  
tragen.  
Und wenn deine Lungen sich gar zu sehr ver-  
spressen —  
Dann brauchst du dafür um so weniger zu essen.*

*Deine Nadel von Stahl  
Zeichnet dir eine frühe Todeszahl.  
Dein ritzender Diamant  
Sitzt tausendfach an reichster Damenhand.*

*Lithographien —  
Wer denkt ans Mähen?  
Bilder sind ja sehr schön,  
Den Lithographen wollen sie gar nicht sehn.*

*Sie: die adern,  
Die zu dieser Zeit wieder an die Riviera wandern:  
Mit Luxusauto oder Expreß  
Rasen sie von Fest zu Fest.*

*Der Künstler: der Bildner: der Lithograph —  
Sind die von Gott gestraft?  
Oder wer webte in ihr Hungertuch  
Den dreifachen Elendsfluch?*

*Noch dies: wenn nachts die Sterne schweigen:  
Dann seht ihr mit goldner Träne unsere Kinder  
Eure Zornesstimme ruft den Blitz: zweinen.  
Einmal zündet der: das ist gewiß!*

Max Dortu.

## Aus Briefen an das Wohnungsamt.

Ich sitze seit drei Wochen auf der Straße und warte bis die Wohnung frei wird. An einer ordentlichen Schlafgelegenheit ist ganz ausgeschlossen, denn einer muß auf den Fußboden schlafen, sowohl in sittlicher wie in gesundheitlicher Standpunkt ganz ausgeschlossen und gefährlich. Unter solchen Umständen ist ein Familienleben tief dauerlich.

Ich brauche die Mansarde zu beruflichen Zwecken als Sänger mit meiner Frau, die in wenigen Tagen ihrer Niederkunft entgegenseht, wie meine alte mittellose Schwiegermutter.

Mittags um 12 Uhr wenn schon die Sonne hoch steht, müssen wir die Lampe anzünden. Meine Frau und ich sind zusammen 12 Personen.

Ich bin seit 5 Monaten verheiratet und meine Frau sieht ihrer Niederkunft entgegen. Ich frage hiermit das Wohnungsamt: muß das so sein?

Der Abort in diesem Hause ist so bauffällig, daß ich mit Lebensgefahr verbunden bin, wenn ich mich daraufsetze.

Ich habe drei unmündliche Kinder und noch ein uneheliches zu versorgen.

Besonders der Umstand, daß meine Schwiegermutter gestorben ist, bedarf der Abhilfe. Bei der Schwiegermutter war ein Kind untergebracht. Darauf habe ich mein Zimmer umgekrempelt, da es alle Augenblicke durch die andern sehr durchläßt. Bei dem großen Kamauk in der Promenadenstraße wurde mein Zimmer mitgenommen.

Ich habe eine Tochter und zwei Söhne. Wir alle sind so beschränkt, daß wir nur 2 Betten aufstellen können. In dem einen schlafen die beiden Jungen, in dem andern ich mit meiner Tochter von 16 Jahren, was allein gegen das Zuchthaus ist. Ich bin Nachtwächter und verdene am Tage 4,50 Mk.

Ich werden den Schnupfen nebst meiner Frau nicht los.

Selbiger Herr bewohnt in Köln zwei Zimmer nebst seiner Frau und stellt diese zur Verfügung.

Ich habe Rheumatismus und ein Kind von vier Jahren. Dieses ist auf Feuchtigkeit zurückzuführen.

Ich möchte eine dringende Wohnung haben, da ich einen großen Heiratsdrang verspüre.

üppige Gemüse! Obst, Südfrüchte und Gemüse kommen zur Stadt: blutsrote Tomaten, Pfirsiche mit Wangen so saftig und so braun — als wie die Wangen der Filmtochter von Hollywood. Los Angeles: hundert riesengroße Konservenfabriken: Obstkonserven, Gemüsekonserven: Spargel, Rosenkohl, Ferkohl! Konservenfabriken — ohne Schiote. Los Angeles verfeuert keine Kohle. Keine schwarze Kohle — es hat genug weiße Kohle: her von den Kraftwerken an den Staudämmen der Flüsse. Alles geht hier elektrisch — auch die Druckerei der Offsetplakate: also auch wir arbeiten: wir drei, deutsche Steindrucker aus Leipzig. Germany. Schönes Sachsen!

Unser Betrieb. Prima. Fünfhundert Kollegen arbeiten am Filmplakat — in allen Sprachen und in allen Farben wird gedruckt. Da arbeiten neben uns Deutschen: chinesische und japanische Kollegen: Italiener, Skandinavier, Ungarn, Spanolen, Inder und Griechen. Eine kosmopolitische Gesellschaft sind wir — und doch innigst verbunden: durch die Union, durch die Gewerkschaft: durch den Verband der Pressenarbeiter: der Druckarbeiter, der Bucharbeiter, der Plakatarbeiter! Hollywoods Filme überschweben die Welt. Die schönen Beine der Yankee-tochter wollen sich in fünf Kontinenten zeigen. Wir andern drucken die Plakate!

Verband? Los Angeles — wie? So: die Union, der Verband ist rein wirtschaftlich orientiert. Es fehlt ihm das Beste, das Herz der proletarischen Sache — der politische Klassenkampf-Charakter! Wie soll die Welt anders werden — wenn in den Parlamenten keine Arbeiter sitzen? Wie sollen Schutzgesetze für Steindrucker und arme Filmtochter Wirklichkeit werden — wenn die Steindrucker selbst und die Väter der Filmtochter kein

**Rundschau.****Achtung! Schwindler!**

In den letzten Wochen reist unter verschiedenen holländisch klingenden Namen ein raffiniertes Schwindler umher, der die Kassierer mit einem neuartigen Trick hereinzulügen sucht. Er legt eine gefälschte Zutrittsschein des Internationalen Sekretärs in Amsterdam vor, in der bescheinigt wird, daß sein Mitgliedsbuch an die Zentrale eingeschickt sei. In einer gleich anhängenden zweiten Bescheinigung wird ihm eine längere Mitgliedschaft bei hoher Beitragszahlung bestätigt und zugleich die Mitteilung, daß er während seiner Krankheit vom September bis jetzt Anspruch auf Krankenunterstützung habe. Er klagt dann über Geldverlegenheit und bittet, ihm doch bis zum Eingang seines Mitgliedsbuches und der ihm zustehenden Unterstützung um einen größeren Vorschub. Da der Schwindler bereits in e.n.gen Fällen geglickelt ist, bitten wir besonders acht zu geben, um dem Burschen das Handwerk zu legen.

**60 Jahre Zimmererorganisation.**

Mit Anfang dieses Jahres trat der Zentralverband der Zimmerer in das 61. Lebensjahr. Die erste Gewerkschaftsorganisation der Zimmerer wurde am 28. und 29. Dezember 1868 in Braunschweig gegründet. Das erste Jahrzehnt der Zimmererbewegung war angefüllt von einem wechselvollen Ringen um die Existenz der Organisation. Nach mährlicher Umgründungen trat im August 1883 der Verband Deutscher Zimmerleute, der heutige Zentralverband, ins Leben. Trotz aller Schwierigkeiten vermochte sich diese Berufsorganisation zu einem Achtung gebietenden Faktor zu entwickeln. Der Zimmererverband zählt heute 113 000 Mitglieder. Im Jahre 1885 waren 3428 eingeschriebene Mitglieder vorhanden. Das ist ein Erfolg, wie ihn so leicht keine Gewerkschaft aufzuweisen hat. Das bemerkenswerte an dieser Entwicklung ist, daß der Zimmererverband auf rein beruflicher Grundlage aufgebaut ist. Der Berufsgedanke hat sich in dieser Organisation als außerordentlich fester Kitt erwiesen. Die Festigkeit und der gesunde Unterbau des Verbandes verleihen ihm eine Lebenskraft von ungeheurer Zähigkeit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer sind gewiß nicht nach jeder Richtung vollkommen. Dennoch können sie sich sehen lassen. Den Zentralverband der Zimmerer wird die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung zu der ruhmvollen Geschichte und der mustergültigen Organisationsarbeit lange Jahrzehnte hindurch beglückwünschen: Der feste Zusammenhalt der Zimmerer kann vielen Gewerkschaften zum Vorbild dienen.

**Die Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland.**

Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt eine interessante Übersicht der Entwicklung des Tarifvertragswesens in Deutschland. Es ist daraus zu ersehen, daß die Zahl der Tarifverträge in der Zeit 1919—1926 ganz beträchtlich abgenommen hat, was natürlich nicht einen Rückgang bedeutet, sondern därtut, daß Tarifverträge für immer größere Gruppen von Arbeitern abgeschlossen werden. Dies ist besonders deutlich abzuleiten aus der stark ansteigenden Zahl der erfaßten Betriebe und Personen sowie ganz allgemein aus den Konzentrationsbestrebungen der Gewerkschaften. (Auf dem Kongreß in Breslau im September 1925 waren 40 Verbände vereinigt, Ende des Jahres 1926 waren es nur noch 38, am Schlusse des Jahres 1927 ging die Zahl auf 35 zurück.) Ende 1919 gab es 11 009 Tarifverträge, Ende 1922 10 768, Anfang 1924 8790, Anfang 1925 7099 und Anfang 1926 7533. Die Zahl der erfaßten Betriebe stieg von 272 251 Ende 1919 auf 890 257 Ende 1922, 812 671 Anfang 1924, 785 945 Anfang 1925 und 788 755 Anfang 1926. Die Zahl der erfaßten Personen betrug Ende 1919 5 986 475, Ende 1922 14 621 106, Anfang 1924 13 135 384, Anfang 1925 11 904 159 und Anfang 1926 11 140 521.

**50 Jahre „Wahrer Jakob“.**

Anfang Januar 1929 beginnt der „Wahre Jakob“, das bekannte und beliebte sozialistische Witzblatt, das Jubiläum 50jährigen Bestehens. Im Jahre 1879, just unter den ersten Stürmen des

Ausnahmegesetzes, hat J. H. W. Dietz, damals Leiter der Hamburger Genossenschaftsdruckerei, das Blatt in Hamburg begründet. Was das Blatt später, als Heinrich Dietz seinen berühmten Verlag in Stuttgart begründete, für die SPD bedeutete, ist bekannt. Der Verlag Dietz hat aus Anlaß dieses Jubiläums eine Festschrift „50 Jahre Wahrer Jakob“ herausgegeben, die, reich illustriert, eine Geschichte des Blattes und eine amüsante Revue „Kreuz und quer durch alle Jahrgänge des Wahren Jakob“ enthält. Sie ist zum billigen Preise von 25 Pf. in allen Buchhandlungen zu haben.

**Gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit.**

Der deutsche Arbeitsmarkt hat in den letzten Wochen ruckartige Verschlechterungen erfahren. Besonders stark war die Zunahme der Arbeitslosen in der ersten Hälfte des Monats Dezember. In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember hat die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von rund 1 030 000 auf 1 300 000, das ist um etwa 270 000 oder um 26,2 v. H. zugenommen. Die Zunahme betrug bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern 27,6 v. H. und bei den weiblichen 21,1 v. H. Die Zahl der Krisenunterstützten hat sich in der Berichtszeit um 8700 oder 8,1 v. H. auf 116 800 vermehrt. Vom 15. November bis 15. Dezember stieg die Arbeitslosigkeit bei beiden Unterstützungsarten von 904 050 auf 1 416 800 oder um rund 513 000.

Diese gewaltige Zunahme der Arbeitslosen liegt in erster Linie an dem eingetretenen Frost, wodurch sämtliche Außenarbeiten zum Erliegen gebracht wurden. Das Weihnachtsgeschäft vermochte die dadurch hervorgerulene Verschlechterung der Arbeitsmarktlage nicht auszugleichen. Die Verschlechterung der Konjunktur setzt sich langsam fort, so daß auch von den übrigen Industrien der Arbeitsmarkt ungünstig beeinflusst wird. Hinzu kommen die Auswirkungen der schweren Arbeitskämpfe in der Eisenindustrie und bei den Werften. Am 15. Dezember 1927 wurden 830 000 Arbeitslose von der Arbeitslosenversicherung unterstützt. Die Zahl lag also in diesem Jahre um mehr als 500 000 höher als im Vorjahre. Die geringe Zunahme der von der Krisenunterstützung erfaßten Personen liegt daran, daß die von der wintertlichen Arbeitslosigkeit in erster Linie betroffenen Berufsgruppen zur Krisenunterstützung nicht zugelassen sind. Es muß vom Reichstag gefordert werden, daß die Krisenunterstützung auf sämtliche Berufsgruppen ausgedehnt wird. Die Verschlechterung der Arbeitslosigkeit wird sich Anfang Januar weiter fortsetzen, so daß Mitte Januar mit einem Arbeitslosenheer von über zwei Millionen zu rechnen ist. Eine große Zahl von arbeitswilligen Personen vermag also in Deutschland keine Arbeit zu finden und ist auf Unterstützungen angewiesen. Das ist ein Zustand, der nicht als gesund bezeichnet werden kann und die Aufmerksamkeit aller Stellen auf sich lenken muß. Das Reichs-parlament wird beim Wiederzusammentritt hier eine wichtige Aufgabe vorfinden.

**Frühjahrskursus auf der Volkshochschule Comburg.**

Der nächste 3½ Monate dauernde Kursus der Volkshochschule Comburg beginnt Mitte April und dauert bis Ende Juli 1929.

Der Unterricht, für den drei ständige Lehrer und mehrere Gastlehrer zur Verfügung stehen, umfaßt folgende Gebiete: Wirtschaftskunde, Grundfragen der Politik, Arbeitsrecht; — Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; — Gesundheitsfragen; — Festgestaltung, Fragen der Kunst, Literatur und Musik; — Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache.

Die Bewerber, die das 18. Jahr zurückgelegt haben sollen, mögen in ihrer Bewerbung ihre besonderen geistigen Interessen darlegen und einen Lebenslauf beifügen.

Die Kursuskosten betragen 250 Mk., Unterkunft und Verpflegung inbegriffen. In besonderen Fällen kann Ermäßigung und Stundung gewährt werden.

Meldungen bis spätestens 1. März 1929 an die Volkshochschule Comburg, Schwäbisch Hall, Württemberg.

**Vom Büchertisch.**

**Kämpfer und Kunder.** Von Hermann Wendel. Essays. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W 30. Preis brosch. 2,50 Mk., Leinwand 3,50 Mk.

Hermann Wendel, der bekannte feinsinnige Essayist der Balkan-Litauen vertritt sich hier an größerem Objekt. Er gibt eine Querschnitt durch die große europäische Literatur der Dichter und Kunder des menschlichen Fortschritts, jener revolutionären Geister, die, zeitgebunden, in den Fernen der Zukunft doch den Triumph der Freiheit für alle über egoistische Privatrechte sahen. Von den französischen Enzyklopädisten bis zu Anatole France und den großen Russen spannt sich der Kreis der betrachteten Persönlichkeiten, die mit ihrer Arbeit über ihre Zeit hinausstrahlen und neue Wege des Denkens und Fühlens weisen konnten. In jeder Zeile erweist sich Wendel als der am historischen Materialismus Geschulte, der sich und seine Leser nicht mit artistischen Deutungen herumplagt, sondern knapp und treffend jeder charakteristischen Persönlichkeit die Stellung in ihrer Zeit wie im Aropeag der Unsterblichen anweist.

**Die Novemberrevolution.** Von Reichskanzler Hermann Müller. Verlag „Der Bücherkreis G. m. b. H.“, Berlin. 287 Seiten. Ganzleinen. Preis für Mitglieder 3.— Mk., im freien Buchhandel 5,50 Mk.

Hermann Müller, der langjährige Vorsitzende der SPD, gibt mit diesem Werke viel mehr, als eines der zahllosen durchschnittlichen Erinnerungsbücher. Denn das Buch „Die Novemberrevolution“ hat kein x-beliebiges geschrieben, der rein zufällig oder erst zuletzt in den Strudel der revolutionären Ereignisse hineingerissen wurde, sondern ein Mann, der schon lange vor dem Kriege in der Arbeiterbewegung eine Führerstellung einnahm. Ein Politiker, ein Mann des kühlen Verstandes erzählt, schlicht und frei von jeglicher persönlichen Eitelkeit, wie alles wurde, und welche Rolle ihm dabei zufiel. „Ich will mich bemühen Ideen- und Stimmungsgelände jener schweren Zeit so objektiv festzuhalten, wie das mir kann, dem es vergönnt war, den gewaltigen Einbruch des deutschen Verfassungslebens nicht nur aus nächster Nähe zu beobachten, sondern auch an dem werdenden Neuen ordnend mitzuwirken.“ Hermann Müller stand ein dokumentarisches Material zur Verfügung, wie es nur für wenige, unmittelbar Beteiligte zugänglich ist. Es ist keine leere Phrase, sondern eine durch Inhalt und Form gerechtfertigte Würdigung, wenn wir das Buch „Die Novemberrevolution“ als ein für den denkenden Arbeiter unentbehrliches historisches Standardwerk unseren Lesern empfehlen.

**Angestellte und Arbeiter.** Drei Vorträge von Albert Thomas, Prof. Emil Lederer und Dr. Otto Suhr. Herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund, Berlin. Freier Volksverlag, G. m. b. H., Berlin NW 40, Werftstr. 7. Preis 1,50 Mk.

Während in dem Mittelpunkt der zahlreichen Tagungen des Herbstes fast überall die Probleme der Wandlungen des Kapitalismus standen, hat der Allgemeine freie Angestelltenbund zum ersten Male auf dem 3. AFA-Gewerkschaftskongreß in Hamburg die Rückwirkungen dieses Wandels der Wirtschaft auf die Gesellschaft beleuchtet. Hier sprachen der Direktor des Internationalen Arbeiters Albert Thomas, über: „Die Stellung der Angestellten in der organisierten Industrie der Nachkriegszeit.“ Dr. Emil Lederer, Professor an der Universität in Heidelberg, über: „Die Umschichtung des Proletariats“. Dr. Otto Suhr, Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des AFA-Bundes über: „Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft.“

Diese drei Vorträge bieten einen außerordentlich interessanten Einblick in die veränderte Struktur der erwerbsfähigen Bevölkerung, sie beleuchten nicht nur die besondere Stellung, die die Angestellten heute in wachsendem Maße in Wirtschaft und Gesellschaft einnehmen, sondern lassen die Beziehungen von Angestellten und Betrieben in neuem Licht erscheinen. Die Vorträge sind außerordentlich instruktive Tabellen über die Entwicklung der Angestelltenschaft in den kapitalistischen Ländern der Welt beigefügt. Außerdem werden die Ergebnisse einer besonderen Erhebung des AFA-Bundes zur Entwicklung der Angestelltenschaft in Deutschland 1928/29 mitgeteilt.

**Staats- und Verfassungslehre.** Von Rudolf Abraham. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8. Preis kart. 1,90 Mk., Halbleinen 2,80 Mk.

Allen überzeugten Anhängern unserer Republik, vor allem der jungen Generation wird diese vom Arbeiterjugend-Verlag herausgegebene Schrift gute Dienste leisten, denn sie schildert in allgemein verständlicher, überaus klarer und gründlicher Sachkenntnis getragener Darstellung die staats- und verfassungsrechtlichen Grundfragen unseres Volkstaates. Die Schrift zerfällt in drei Teile, von denen der erste die allgemeine Staatslehre behandelt, d. h. die gemeinsamen Grundbegriffe der Staatslehre (Staat, Verfassung usw.), die Staatsformen (Monarchie und Republik, Staatenbund, Einheitsstaat usw.) und deren historischen Wandel. Der zweite Teil bringt einen gedrängten Abriss der deutschen Verfassungsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts mit seinen Bestrebungen, das deutsche Volk zu einem einheitlichen Staatgebilde zu erheben. Der dritte Teil enthält die Darstellung des gegenwärtigen Verfassungsrechtes, der Weimarer Reichs- und der preußischen Verfassung, wobei fortlaufend vergleichende Gegenüberstellungen mit den entsprechenden Einrichtungen der früheren Verfassungen vorgenommen werden.

**„Bücherwarte“ und „Arbeiterbildung“.** Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

**FACHLITERATUR!**

- DER PRAKTISCHE UMDRUCKER von Bernhard Enders. Preis inklusive Nachnahme 1.10 RM.
- DER WERDEGANG DES OFFSETDRUCKES in 8 Farben, mit erläuterndem Begleitwort Preis der Mappe inklusive Nachnahme 4.10 RM.
- DER WERDEGANG EINER LANDKARTE in 6 Farben, 11 Tafeln auf feinstem Landkartenpapier mit erläuternden Worten Preis inkl. Nachn. 3.10 RM.
- PRAKTIKUM DES STEIN- UND ZINKDRUCKES von Witte. Preis inklusive Nachnahme 10.30 RM.
- DAS REKLAMEKLISCHEE UND SEINE VORTEILE von Hans Eckstein. Preis inklusive Nachnahme 3.00 RM.
- PLAKATE. Originalentwürfe von H. Neumann. Preis inkl. Nachn. 10.60 RM.
- Zu beziehen durch **Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.**

**Zinkdruckplatten** in Ia Lithographie-Qualität.

**Ia Auswaschtinktur** Zinkätzsals D. R. P.

**Entsäuerungspulver, Schleifkugeln**

**sowie sämtliche Utensilien für den Zinkdruck.**

**Karl Meß G. m. b. H., Berlin SO 36,** Wiener Straße Nr. 50 Fernspr. Mor. 12269